



Berliner Kurier | Berlin | Kiez und Stadt

# „Parallelgesellschaft“: An Privatschulen ist kein Platz für arme Kinder

12.09.17, 08:47 Uhr



Gehört zu den genannten Einrichtungen: Phorms Schule in Mitte.

Foto: imago

**Berlin** - Jetzt gibt es endlich belastbare Zahlen! Und die zeigen: Viele Privatschulen nehmen so gut wie keine Kinder aus armen Familien auf. Es sieht nach Zwei-Klassen-Gesellschaft aus. Das hat jetzt eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck ergeben. Der ist darüber sehr wütend. „Diese Privatschulen schotten sich als exklusive Clubs ab, da ist so etwas wie eine Parallelgesellschaft entstanden“, sagt Langenbrinck.

Der Anteil der armen Schüler an den 44 besonders beliebten allgemeinen Privatschulen liegt lediglich bei 3,7 Prozent. Das teilte Bildungsstaatssekretär Mark Rackles (SPD) nun auf Langenbrincks Anfrage hin mit. Erstmals machte die Bildungsverwaltung diese Zahlen überhaupt öffentlich. Zum Vergleich: An den staatlichen Schulen ist der Anteil der armen Schüler satte zehnmal so hoch.

## „0,0 Prozent“

Noch krasser ist die Situation an den beruflichen Privatschulen, wo Bürokaufleute, Sozialpädagogen, Altenpfleger oder Ergotherapeuten ausgebildet werden. Dort beträgt der Anteil von Kindern aus armen Familien laut Staatssekretär Rackles genau „0,0 Prozent“. Das Schulgeld, das an Privatschulen erhoben wird, schreckt ärmere Familien offenbar ab. „Die soziale Wirklichkeit muss sich auch in den Privatschulen abbilden“, fordert jetzt Joschka Langenbrinck.

## Privatschulen verstoßen gegen Grundgesetz

Arm ist folgendermaßen definiert: Es betrifft Eltern, die für die Schulbücher nichts zahlen müssen, weil sie auf Sozialtransfers angewiesen sind. Krass ist zum Beispiel, dass an der Freien Waldorfschule in Kreuzberg selbst Hartz-IV-Bezieher 110 Euro Schulgeld zahlen müssen. Monatlich, auch in den Sommerferien.

Für Aufruhr sorgte jüngst eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin. Demnach verstoßen einige Privatschulen sogar gegen das Grundgesetz. Denn dort ist festgelegt, dass eine Schule keine Schüler ablehnen

darf, nur weil die Familie das Schulgeld nicht aufbringen kann. Für Langenbrinck ist klar: „Die Privatschulen, die unsere Verfassung missachten, dürfen kein öffentliches Geld mehr bekommen.“ *MAK*